

1(2)

PDir a. D. Dipl.-Ing. Bernd Schwab
Bruno-Hirschfeld-Str. 1
56076 Koblenz

19.12.2002

Minister des Innern und für Sport
- Herrn Walter Zuber -
Schillerplatz 3-5

55116 Mainz

GefAbwV - Gefährliche Hunde - vom 30.06.2000
hier: Entscheidungen des BVerwG zur Rasseliste

Sehr geehrter Herr Minister,

in großen Lettern ist heute auf der Titelseite der Rheinzeitung zu lesen, dass das Bundesverwaltungsgericht die Rasseliste in der Gefahrenabwehrverordnung von Schleswig-Holstein „gekippt“ hat. Bereits im Juli d. J. hat der gleiche Senat die Nichtigkeit der Niedersächsischen Gefahrtier-Verordnung bestätigt.

Ich nehme insofern Bezug auf mein Schreiben vom 30.09.2002 und den von Ihnen persönlich gezeichneten Zwischenbescheid vom 08.10.2002 und erspare mir daher weitere Ausführungen.

Ich stelle lediglich nochmals fest, dass der VGH Rheinland-Pfalz in seinem Urteil vom 04.07.2001 die bundesrechtliche Begrenzung der Verordnungsgebung nach dem POG nicht berücksichtigt und im Wesentlichen auf rheinland-pfälzisches Landesrecht abgehoben hat.

Da Bundesrecht „Landesrecht bricht“, sollten die Konsequenzen aus diesen höchstrichterlichen Verwaltungsurteilen auch in Rheinland-Pfalz im Sinne des Rechtsempfindens des Bürgers gezogen werden:

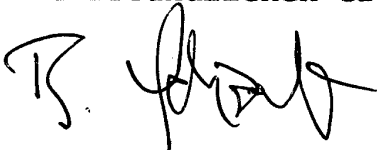
2(2)

Da die Rasseliste (§ 1 Abs. 2) in der Gefahrenabwehrverordnung - Gefährliche Hunde - vom 30. Juni 2002 mangels landesgesetzlicher Grundlage rechtswidrig ist, bitten wir Sie, bundesrechtlich integer zu handeln und diesen Paragraphen aus der Verordnung herauszunehmen.

Beim Bürger darf nicht der schale Beigeschmack entstehen, dass die rheinland-pfälzische Regierung erst dann reagiert, wenn Sie von der Bundesgerichtsbarkeit dazu gezwungen wird und in der Zwischenzeit die staatliche Gewalt wider besseres Wissen weiter am Volk walten lässt, nur weil die formale Nichtigkeitsentscheidung aussteht.

In der Hoffnung auf eine sofortige, dem Rechtsverständnis des Bürgers gerecht werdende Reaktion verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen



Bernd Schwab

Anlage: Ausschnitt aus der Titelseite der Rhein-Zeitung vom 19.12.2002

Die Top-Männer des Jahres 2002

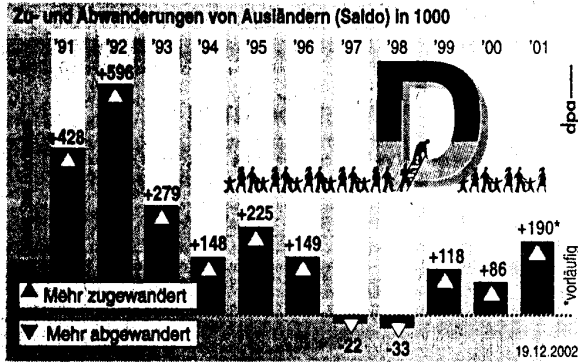
Ihre Geschichten gaben dem Jahr 2002 ein buntes Gesicht, das wir auf unserer Seite Panorama stets begleitend nachzeichneten. In einem kleinen Rückblick nennen wir die Männer des Jahres 2002 – von Bohlen über Brosnan bis hin zu Brandt. Unterschiedliche Typen mit markanten Zügen, über die viel gesprochen wurde. ▶ Seite 23

„Herr der Ringe II“ begeistert Fans

Tausende von Kinogängern in ganz Deutschland haben die Fortsetzung der Fantasy-Saga „Herr der Ringe“ in häufig ausverkauften Kinosälen bereits gesehen. „Fantastisch“ lautete das Urteile vieler Mittelerde-Fans. Der zweite Teil der Tolkien-Verfilmung tritt nun als Konkurrent zu Harry Potter und James Bond auf. ▶ S. 2: Kommentar ▶ Seite 25

Grafik des Tages

Zuwanderungsland Deutschland



Zu Beginn des neuen Jahrtausends sind mehr Ausländer nach Deutschland gekommen, als von hier weggezogen sind. ▶ Deutschland: Thema des Tages

Auf einen Blick

- WETTER/SERVICE ▶ Sattel im Winter tiefer ▶ Seite 8
- ROMAN ▶ ... und wenn's a Katz is! ▶ Seite 27
- TV-TIPP ▶ Kidnapping Mom ..., 20.15 Uhr, Pro 7 ▶ Seite 26

Wir für Sie

Aboservice: 01803-366 377
Anzeigenservice: 01803-344 345



tigsten Reformprojekte neu angehen: das Zuwanderungsgesetz. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Regelung als nicht verfassungskonform verworfen, jedoch aus formalen, nicht inhaltlichen Gründen. Regierung und Opposition wollen über ein neues Gesetz beraten.

BERLIN. Das Zuwanderungsgesetz wird nicht zum 1. Januar 2003 in Kraft treten. Das Bundesverfassungsgericht stoppte das Gesetzeswerk, weil die Abstimmung im Bundesrat nach Auffassung des Zweiten Senats nicht verfassungskonform verlief. Die Karlsruher Richter gaben da-

dem Recht. Nun will die rot-grüne Bundesregierung ihr Reformwerk im Januar erneut in den Bundestag einbringen.

Nach Auffassung des Gerichts war die im Bundesrat am 22. März mit den unterschiedlichen Voten des Landes Brandenburg verfassungswidrig. Der damalige Bundesratspräsident Klaus Wowereit (SPD) hatte die gespaltene Stimmabgabe der SPD/CDU-Koalition in Brandenburg letztlich als Zustimmung gewertet. Der Zweite Senat des Gerichts wertete – bei zwei abweichenden Meinungen – dieses Verfahren als ungültig. (Aktenzeichen: 2 BvF 1/02 vom 18. Dezember 2002)

Waaga des da denter konnte sens z minist „Es be Disen teil. W uneinf be Sto bitten gültig kollier SPD enttäü gegen rer Ha kanzle (SPD) sei ges

Rasseliste gekippt

Urteil zu Kampfhusden

LEIPZIG. Die Rasseliste in der Kampfhusdenverordnung von Schleswig-Holstein ist nach Ansicht des Bundesverwaltungsgerichts rechtswidrig. Die Gefährlichkeit von Husden lasse sich nicht allein dadurch ableiten, welcher Rasse sie angehörten, befand das Leipziger Gericht.

Dagegen seien diejenigen Bestimmungen nicht zu beanstanden, in denen solche Husden als gefährlich gekennzeichnet werden, die eine „über das natürliche Maß hinausgehende gefährdende Kampfbereitschaft, Angriffslust, Schärfe oder andere vergleichbare Eigenschaft“ besitzen. Das Gericht folgte damit im Wesentlichen seiner Rechtsprechung für das Land Niedersachsen im Juli.

■ Aktenzeichen: BVerwG 6 CN 1.02, 6 CN 3.01, 6 CN 4.01

Skepsis bei den Mini-Jobs

BERLIN. Nach dem Kompromiss zwischen Bundestag und Bundesrat zur Arbeitsmarktreform wächst die Skepsis. Die Neuregelung der Mini-Jobs werde die Arbeitslosenstatistik nur begrenzt entlasten, so Florian Gerster, Chef der Bundesanstalt für Arbeit, im „Rheinischen Merkur“.

Florian de am Niedrig

Öffentlicher

Kaum Bewegung in zweiter Tari

KASSEL. Im Tarifkonflikt des Öffentlichen Dienstes hat sich immer noch keine Einigung abgezeichnet. Die Arbeitgeber von Bund, Ländern und Kommunen sowie die Gewerkschaft verdi schlossen zum Auftakt der zweiten Tarifrunde in Kassel ein Scheitern der Verhandlungen nicht aus. Damit käme es zur

Schlicht zende) dass di tern A handlu hätten. Nach geberk werksk terbrei aber a

BÖRSE AKTUELL: +++ Kurssturz bei Epcos +++ Si

RZ 19.12.2002
Mittelseite